

„Science Diplomacy“ nach der Zeitenwende

Leitlinien des Deutschen Hochschulverbandes zum Wissenschaftsaustausch mit autoritären Staaten

Russlands brutaler Überfall auf die Ukraine markiert eine Zäsur – auch für die Wissenschaft. Das Einfrieren institutioneller Kooperationen mit Russland bedeutet einen harten Bruch mit der bisherigen „Science Diplomacy“. Die Hoffnung, über Wissenschaftsdialog und Forschungskooperationen zu einer engeren politischen Zusammenarbeit auch mit schwierigen Partnern zu gelangen, hat einen herben Rückschlag erlitten.

„Science Diplomacy“ ist mit vielen anderen ebenfalls autoritär geführten Staaten schwierig. Dazu zählen Staaten wie der Iran oder die Türkei, vor allem aber auch China, das mit Forschungskooperationen Abhängigkeiten schafft und gezielt Wissen für den Ausbau seines Militär- und Machtapparats abschöpft. Im Reich der Mitte gelten weder Meinungs- noch Wissenschaftsfreiheit. Gegen Forscherinnen und Forscher, die von den strengen Vorgaben der politischen Führung abweichen, wird unabhängig von der Nationalität massiv vorgegangen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nach dem russischen Präzedenzfall vermehrt die Frage, ob und unter welchen Kautelen gemeinsame Forschung mit autoritären Staaten möglich sein kann und soll. Dazu legt der Deutsche Hochschulverband (DHV) die folgenden Leitlinien vor.

1) Abgrenzung, aber keine Abschottung

Wissenschaft dient dem Erkenntnisfortschritt. Sie ist global und wirkt über Grenzen und Nationen hinweg, existiert aber in keiner politischen Blase. Da weniger als die Hälfte aller Staaten Demokratien sind, bleibt ein kritischer wie konstruktiver Umgang mit Autokratien essentiell. Die Bewältigung globaler Probleme wie Klimawandel und Gesundheitsschutz erfordert globale Kooperationen und Lösungen unter Einbeziehung möglichst vieler Staaten.

Wo allerdings autoritäre Staaten unter Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt die auf Rechtsvereinbarungen fußende internationale Ordnung aushebeln oder gar beseitigen wollen, muss auch die Wissenschaft Entschlossenheit zeigen. An solchen Kippunkten muss sie Haltung beweisen und Position beziehen. Angesichts des russischen Angriffskriegs war es richtig und wichtig, einen harten Schnitt bei den institutionellen Beziehungen zu machen. Auf einer anderen Ebene sind die individuellen Kooperationen angesiedelt (s. Punkt 4).

2) Politische Implikationen im Blick

Machtpolitische Auseinandersetzungen, aber auch die Systemrivalität zwischen Demokratien wie in den USA oder in Europa auf der einen und Autokratien wie Russland oder China auf der anderen Seite werden in absehbarer Zeit voraussichtlich zunehmen. Es ist nachvollziehbar, dass die Politik wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten abbauen will. Wissenschaft bleibt autonom, kann sich aber den politischen Implikationen ihres Tuns nicht entziehen. Erhöhte Sensibilität ist bei Kooperationsvorhaben erforderlich, die die technologische Souveränität einschränken oder autokratisch geführte Staaten dazu befähigen, ethnische und politische Minderheiten zu überwachen und zu verfolgen. Insbesondere gehören Projekte, die militärische wie zivile Verwendungszwecke („dual use“) haben können, auf den Prüfstand.

Es zählt zu den Aufgaben von Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen und Fachgesellschaften, Expertise über Partnerregionen zu vermitteln und im Dialog mit der Politik Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind aufgerufen, Beratungsangebote aus Politik und der Scientific Community zu nutzen, die sie bei Einschätzungen unterstützen können, ob eine Kooperation vertretbar ist. Stärker als bisher werden autokratische Staaten je nach Kontext mal als Partner, mal als Herausforderer oder auch Gegner wahrgenommen werden müssen.

3) Einsatz für die Freiheit der Wissenschaft

Der Wissenschaftsaustausch mit autoritären Staaten ist ein schwieriger Balanceakt. Da er nie risikofrei sein kann, muss er reflektiert erfolgen und auf einem festen Wertegerüst beruhen. Das gegenseitige Anerkennen unterschiedlicher kultureller Prägungen und Herangehensweisen ist zwar eine Selbstverständlichkeit, darf aber auch nicht mit Blauäugigkeit verwechselt

werden. Wissenschaft darf sich autokratischen Staaten nicht andienen. Eckpfeiler für Kooperationen sollte nach Möglichkeit die wertstiftende Bedeutung der Freiheit der Wissenschaft sein. Im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen müssen Leitplanken eingezogen werden, die eine Zusammenarbeit ermöglichen, hingegen Vereinnahmungen und unerwünschte Abhängigkeiten abwehren. Wahrhaftigkeit, Erkenntnisoffenheit, die Transparenz von Forschung und Lehre ebenso wie die Einhaltung geistiger Eigentumsrechte sind keine abstrakten Konstrukte. Sie erfordern vielmehr Haltung und Verantwortungsbereitschaft. Differenzen müssen angesprochen, Verstöße gegen die Freiheit der Wissenschaft benannt und verurteilt werden.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wegen ihrer Arbeit in autokratischen Staaten Restriktionen ausgesetzt sind, benötigen Solidarität. Sie müssen notfalls auch eine Zufluchtsstätte in Demokratien erhalten. Unterstützungsprogramme wie die Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung sind daher nach Ansicht des DHV elementar und gegebenenfalls auszubauen.

4) Fortführung von Kooperationen auf persönlicher Ebene als Chance

Wo Wissenschaftsfreiheit mit Füßen getreten wird, müssen Konsequenzen gezogen und Kooperationen beendet werden. Wie zu Zeiten des Kalten Krieges wird sich die Zusammenarbeit dann allenfalls noch auf individueller Ebene punktuell fortführen lassen. Auch dieser Weg ist keinesfalls risikofrei, weil gute persönliche Kontakte blenden können.

Die historischen Erfahrungen können jedoch ermutigen: In der Fortführung von einzelnen Kooperationen auf persönlicher Ebene liegt eine Chance. Vertiefte Kenntnisse des Gegenübers schaffen Verständnis und Vertrauen und eröffnen allen Beteiligten Einblicke in neue Welten. Langer Atem zahlt sich aus: Eine freie Wissenschaft kann positiv auf geschlossene Gesellschaften ausstrahlen und potentielle Reformkräfte dort stärken oder entstehen lassen. Eine an unbequeme außenpolitische Realitäten angepasste „Science Diplomacy“ bleibt deshalb wichtig und richtig.

Berlin, 4. April 2023